

## **DIE LINKE. Castrop-Rauxel**

*c/o Siegfried Kulosa  
Bergstr. 16  
44575 Castrop-Rauxel*

---

DIE LINKE., c/o Siegfried Kulosa, Bergstr. 16, 44575 Castrop-Rauxel

Angelika Aimene-Wiegold  
Lindenstraße 3  
44577 Castrop-Rauxel

Herrn Bürgermeister Beisenherz  
Europaplatz 1  
44575 Castrop-Rauxel

Castrop-Rauxel, 29. Mai 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Beisenherz,

den nachstehenden Antrag bitte ich auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Betriebsausschusses 2 zu setzen.

### **Antrag auf Ergänzung des Rahmenkonzeptes zur Beschäftigungsförderung durch das vorliegende Konzept zum Aufbau eines ÖBS (öffentlich geförderter Beschäftigungssektor) und die Umsetzung eines ÖBS in Castrop-Rauxel.**

Mit dem in der Sitzung des Rates am 12. März 2009 vorgestellten Rahmenkonzept zur Beschäftigungsförderung der Stadt Castrop-Rauxel, gilt es nun für die Verantwortlichen, den regionalen, kommunalen Arbeitsmarkt zu ergründen, auszuwerten und alle gegebenen Möglichkeiten der Förderung für Langzeitarbeitslose kennen zu lernen und in mögliche Beschäftigung umzusetzen.

Hier ist bereits die Möglichkeit zusätzlicher kommunaler Arbeitsplätze gegeben. Zur Sammlung der erforderlichen Daten, zur Suche nach vorhandenen Möglichkeiten, zur Beachtung von Antragsfristen, zur Untersuchung der Wirksamkeit für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, zum Ausloten von Möglichkeiten der Finanzierung, der möglichen Einsatzfelder, der Arbeitsbedingungen, Befragungen etc. Diese Arbeitsplätze könnten z. B. im Rahmen des jetzt auch für den Kreis Recklinghausen offenen Bundesprogramms Kommunal-Kombi entstehen. Den beiliegenden Antrag zum Kommunal-Kombi habe ich wegen der Dringlichkeit der Entscheidung ( Antragsfrist ) auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung setzen lassen.

Im Rahmenprogramm fehlt, unserer Meinung nach, die Betrachtung der Möglichkeiten, die der Bereich der betroffenen Personengruppe selber bietet. Castrop-Rauxel sollte sich stärker an den Notwendigkeiten und Bedürfnissen der Betroffenen orientieren, für den Arbeitsmarkt, das Überleben allgemein und für die Zukunft.

Die Weltwirtschaftskrise macht deutlich, dass Zeiten der Vollbeschäftigung in weite Ferne gerückt sind.

## DIE LINKE. Castrop-Rauxel

c/o Siegfried Kulosa  
Bergstr. 16  
44575 Castrop-Rauxel

---

### Statistik zur Langzeitarbeitslosigkeit

#### Allgemeine Zahlen

Seit Ende vergangenen Jahres ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Castrop-Rauxel insgesamt ständig angestiegen:

Okt 2008	4.276	Nov 2008	4.281	Dez 2008	4.325
Jan 2009	4.478	Febr 2009	4.570	März 2009	4.625
Apr 2009	4.746				

In diesen Zahlen sind die Kurzarbeiter (April 2009 / 479 Personen) und die Personen, die sich in Maßnahmen befinden, nicht enthalten.

Die gleiche steigende Tendenz ist bei den Arbeitssuchenden (Oktober 2008 / 6.276 Personen, April 2009 / 6.838 Personen) festzustellen.

Davon Langzeitarbeitslose (mindestens 1 Jahr arbeitslos)

Registrierte Langzeitarbeitslose in Castrop-Rauxel, auch hier sind Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Maßnahmen, z. B. 1.- Euro Jobber, nicht mitgezählt.

Okt 2008	2.251	Nov 2008	2.246	Dez 2008	2.217
Jan 2009	2.274	Febr 2009	2.258	März 2009	2.254
Apr 2009	2.341				

Zahlen zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für Langzeitarbeitslose für April 2009 liegen uns nicht vor. Sie sind jedoch in den Zahlen für den Arbeitsamtsbezirk Kreis Recklinghausen (einschließlich Gladbeck) enthalten.

Von den insgesamt 7.141 Personen sind:

1.079 in Qualifizierung

227 in berufsvorbereitenden Maßnahmen

348 in der Berufsausbildung für Benachteiligte

333 in Beschäftigungsmaßnahmen nach § 16 e SGB II / JobPerspektive

662 jüngere Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen nach § 421 p SGB III

2.894 in Arbeitsgelegenheiten nach § 16 d SGB II, davon 2.505 Personen in der Variante Mehraufwand (1.- Euro Job)

#### Leistungsempfänger:

49.850 erwerbsfähige Hilfebedürftige - Arbeitslosengeld II

19.948 nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige - Sozialgeld (überwiegend Kinder)

34.449 Bedarfsgemeinschaften, in denen erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige leben.

Die Lebenssituation unserer Bürgerinnen und Bürger wird sich in nächster Zukunft verschlechtern.

Hier ist kein halbherziges Handeln und Zögern angebracht, wir müssen hier durchstarten und alles erdenkliche tun um die Verelendung und Verödung unserer Gemeinde zu verhindern.

## DIE LINKE. Castrop-Rauxel

c/o Siegfried Kulosa  
Bergstr. 16  
44575 Castrop-Rauxel

---

Unser Ziel muss es sein verantwortungsvoll und selbstbewusst Wege für unsere Mitmenschen zu beschreiten, die ein Überleben der Stadt und des Kreises zum Wohle aller sichern.

Wir haben ein Konzept zum Ausbau eines ÖBS für Castrop-Rauxel und den Kreis RE entwickelt, das es wert ist diskutiert und beschlossen zu werden.

Alle bisher eingeleiteten Maßnahmen haben an der Anzahl der Langzeitarbeitslosen und ihrem Abstieg an den untersten Rand der Gesellschaft nichts verändert.

Viele arbeitsmarktpolitischen Instrumente verpuffen und / oder führen zu Mitnahme-Effekten durch Arbeitgeber. Untersuchungen zur Effektivität der 1.- Euro Jobs haben gezeigt, dass sie nicht zur Eingliederung in normale Beschäftigungsverhältnisse führen, dass sie teilweise menschenverachtend sind, kaum Qualifizierung bieten und häufig aus unsinnigen Tätigkeiten bestehen.

Die herrschende Politik scheint zu sein, eine möglichst kostengünstige Alimentierung eines ökonomisch nicht mehr benötigten Teils der Bevölkerung zu erreichen. Damit verbunden ist die Angst der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor einem sozialen Absturz bei Arbeitsplatzverlust, die die Beschäftigten in den Betrieben äußerst „flexibel“ macht. Langzeitarbeitslose haben auf dem 1. Arbeitsmarkt keine Chance. Sie leiden mit den von ihnen abhängigen Familienangehörigen unter dem vorliegenden Arbeitsmarktversagen. Die Tafeln und Suppenküchen, sowie andere Fürsorgemaßnahmen helfen ihnen im täglichen Kampf auf unterstem Niveau zu überleben, sie geben ihnen aber keine Perspektive für die Zukunft.

Für die Eingliederung in Arbeit stehen der Vestischen Arbeit in 2009 / 61,409 Millionen € zur Verfügung.

Insgesamt kostete die Verwaltung der Langzeitarbeitslosigkeit im Jahr 2007:

379,8 Millionen €	Regelleistung für Langzeitarbeitslose
50,9 Millionen €	Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit
37,5 Millionen €	Verwaltungskosten
<b>468,2 Millionen €</b>	<b>insgesamt</b>

Dieses Geld wurde z. B. wie folgt verwendet:

### Heute gewährte monatliche Grundleistung für Langzeitarbeitslose am Beispiel eines alleinstehenden, erwerbsfähigen Hilfebedürftigen nach dem SGB II:

<b>Grundleistung</b>	351 € Regelsatz
	378 € maximale Kosten für Wohnung und Heizung / KDU
	170 € pauschale Sozialversicherung (115€ KV+15 € PV+40 € RV)
	<b>899 € Gesamtkosten, davon Bund 617,01 € -</b>

**Gemeinde 281,99 €**

**jährliche Kosten: Bund 7.404 € - Gemeinde 3.384 €**

## DIE LINKE. Castrop-Rauxel

c/o Siegfried Kulosa  
Bergstr. 16  
44575 Castrop-Rauxel

---

**Monatliche Grundleistung und zusätzliche Kosten, wenn der Hilfebedürftige eine Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung (1.- Euro-Job) mit 30 Wochenstunden (monatlich 130 Stunden) ausübt:**

351 € Regelsatz  
378 € maximale Kosten für Wohnung und Heizung / KDU  
170 € pauschale Sozialversicherungsbeiträge  
500 € max. Pauschale für die Träger der 1.-Euro-Jobs /  
davon erhält der 1,-Euro-Jobber bis zu 1,50 € / Stunde,  
vielleicht auch Fahrtkosten / Entscheidung des Trägers  
**1.399 € Gesamtkosten, Bund 1.117,01 € - Gemeinde 281,99 €**

**jährliche Kosten: Bund 13.404 € - Gemeinde 3.384 €**

**Der Hilfebedürftige hat eine Stelle / Helfer bei einer Kommune erhalten, die von der Vestischen Arbeit nach § 16 e SGB II / JobPerspektive gefördert wird.**

18.133 € Jahreseinkommen (12 x 1.416 € + 1.133€ tarifliche Sonderzahlung  
3.306 € Arbeitgeberanteil / Sozialversicherung  
**21.439 € jährliche Bruttolohnkosten des Arbeitgebers**

abzüglich

16.079 € jährliche Förderung durch die Vestische Arbeit / JobPerspektive / 75 %  
3.384 € eingesparte Kosten der Gemeinde für Wohnen und Heizen / KDU  
1.152 € eingesparte Kosten KDU des Bundes  
**20.615 € Förderbetrag durch Bund / JobPerspektive und eingesparte KDU  
bei Bund und Gemeinde**

**verbliebene**

**1.976 € jährliche Kosten - Gemeinde (als Arbeitgeber)**

**Hier wird deutlich, dass der Gemeinde bei der Beschäftigung eines Langzeitarbeitslosen nach § 16 e SGB II / Jobperspektive ( jährliche Kosten 1.976 € ) weniger Belastung entsteht, als wenn der Betroffene nur als erwerbsfähiger Hilfebedürftige unterstützt wird. ( jährliche Kosten 3.384 € )**

Hier ist noch nicht die für die Gemeinde geleistete Arbeit des Beschäftigten berücksichtigt. Diese Rechnung gilt für einen Alleinstehenden. Ist der Arbeitnehmer verheiratet und hat Kinder, so fallen für Bund und Kommune weitere erheblich Einsparungen der Subventionskosten an: Regelsatz für Ehepartner, Sozialgeld für Kinder und KDU-Kosten.

## **DIE LINKE. Castrop-Rauxel**

*c/o Siegfried Kulosa  
Bergstr. 16  
44575 Castrop-Rauxel*

---

### **Konzept zur Einrichtung eines ÖBS zur Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit und der Befriedigung gesellschaftlich notwendiger Bedürfnisse.**

Die Vestische Arbeit ist auf öffentliche und private Träger zur Durchführung von Beschäftigungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose angewiesen. Private Unternehmen / Träger werden nur dann aktiv, wenn es sich rechnet. In den vernachlässigten gesellschaftlichen Bereichen ist kein Gewinn zu erzielen.

Bei der Durchsicht der von der Vestischen Arbeit vorgelegten Tätigkeitsberichte fällt auf, dass die Stadt Castrop-Rauxel nur in wenigen Fällen als Träger von Maßnahmen für Langzeitarbeitslose auftritt. Es scheint, dass sich Verwaltung und Politik darum drücken, aktiv zu werden. Sie scheinen es für ausreichend zu halten Fürsorgemaßnahmen anzubieten, anstatt nach Wegen der Beschäftigungsförderung zu suchen, von denen alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt profitieren könnten.

Die besonderen Probleme der Entindustrialisierung des Ruhrgebiets, die Steuersenkungen für Betriebe, Besitzer hoher Vermögen und Bezieher hoher Einkommen, die hohen sozialen Leistungen der Städte, als Folge der hohen Arbeitslosigkeit, die Übertragung immer neuer Aufgaben an die Städte (ohne entsprechende Finanzausweisungen) usw. haben zu einer Krise der städtischen Finanzen, zur Kürzung von Personal und zum Abbau gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen in allen Bereichen der Gemeinden geführt.

In diese Lücke soll der ÖBS stoßen, um allen Bürgerinnen und Bürgern wieder die gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen bieten zu können.

Angesichts großer Defizite in wichtigen infrastrukturellen, sozialen, ökologischen und kulturellen Bereichen ist es notwendig, dass die Institution Stadt die Koordinierung zur Beseitigung solcher Lücken übernimmt. Dies kann bedeuten Träger für Projekte zu suchen, aber auch selber Träger von Projekten zu sein.

Die heutigen Träger von Maßnahmen arbeiten in ihrem kleinen Teilbereich unkoordiniert, es fehlt die Übersicht, die Belange aller Bürgerinnen und Bürger finden zu wenig Beachtung. Die bisher durchgeführten Maßnahmen haben daher auch nur zufällig in gesellschaftlichen Mangel-Bereichen Abhilfe schaffen können.

Die Statistik der Agentur für Arbeit macht deutlich, dass Langzeitarbeitslose aus allen Berufsbereichen stammen. Sie sind durchaus in der Lage viele Aufgaben fachmännisch zu erledigen.

Sie könnten z. B. in folgenden Projekten tätig werden:

- vorzeitige Aufbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren: Planung, Bau und Betreuung der Einrichtung; Ausbildung ErzieherInnen.
- Betreuung Älterer
- Schulsozialarbeit
- Einsatz bei den vor- und nachbereitenden Arbeiten für kommunale Investitionsmaßnahmen.
- Gestaltung des Mühlenhofs als grüne Verweilzone (Planung, Umgestaltung, Unterhaltung)
- Barriere freie Herrichtung des Bahnhofs Süd / Emschertalbahn
- Übernahme des Verkehrsgarten für Schülerinnen und Schüler

## DIE LINKE. Castrop-Rauxel

*c/o Siegfried Kulosa  
Bergstr. 16  
44575 Castrop-Rauxel*

---

- Einrichtung von lokalen Geschäftsstellen zur Grundversorgung und Bereitstellung anderer Dienstleistungen in Ortsteilen mit geringer Infrastruktur.
- Errichtung Barriere freier Toiletten im Stadtgebiet und deren Unterhaltung
- Einrichtung eines Transportsystems für den Schülerspezialverkehr
- Städtische Reparaturkolonnen für Maurer, Elektriker, Installateure, Maler usw., auch für die Schulrenovierung
- Hilfe bei der Durchführung ökologischer Maßnahmen
- usw.

Dies sind nur einige Beispiele, aber sie verdeutlichen, dass viele unterschiedliche Qualifikationen zur Durchführung solcher Projekte erforderlich sind. Leitende, handwerkliche, organisierende, aber auch Helfer-Tätigkeiten werden erwartet, dem muss die Einstufung in die verschiedenen Projekte entsprechen.

Die vom Kreis RE zugewiesenen 24 Stellen für Langzeitarbeitslose sind in unserer Stadt überwiegend im nicht qualifizierten Bereichen der Helferinnen und Helfer geschaffen worden.

Wir haben deutlich gemacht, dass die Kommune bei der Beschäftigung nach der JobPerspektive weniger Kosten zu übernehmen hat als bei der reinen Finanzierung eines erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, auch mit einem 1,- Euro-Job. Dass bei einem nur geringem Einsatz städtischer / privater Gelder die Möglichkeit besteht Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die aus der Arbeitslosigkeit resultierenden ökonomischen, sowie psychisch – physischen und sozialen Folgen könnten zum größten Teil beseitigt werden oder erst gar nicht entstehen. Die aus diesen Projekten erbrachten Leistungen für die Allgemeinheit sind noch nicht mit gerechnet.

Die Umstellung der bisherigen Förderungen und die Installation des ÖBS soll erfolgen durch:

Eine weitgehende Abschaffung der in der Regel sechsmonatigen 1,- Euro-Jobs und die Ersetzung, bei sinnvollen Aufgaben in gesellschaftlichem Interesse, durch tariflich bezahlte, sozialversicherungspflichtige Entgeltverträge.

Volle Ausschöpfung der bestehenden Fördermöglichkeiten des SGB II und SGB III, z. B. durch Maßnahmen nach 16 e SGB II / JobPerspektive.

Eine grundsätzliche Überprüfung aller zur Verfügung stehenden Eingliederungsmaßnahmen, unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung der Lebenssituation von Langzeitarbeitslosen und ihrer Familien, sowie der sinnvollen, strukturellen Verbesserung für unserer Bürgerinnen und Bürger.

Eine Zusammenstellung gesellschaftlicher Defizitbereiche in unserer Stadt, unter Beteiligung sozialer und kultureller Einrichtungen, sowie die Formulierung von zu verfolgenden Projekten.

Eine Überprüfung der vorhandenen Fördermöglichkeiten von Bund (z. B. Kommunal – Kombi), Land, EU usw.

Klärung der Verselbständigung des ÖBS.

## **DIE LINKE. Castrop-Rauxel**

*c/o Siegfried Kulosa  
Bergstr. 16  
44575 Castrop-Rauxel*

---

### **Finanzierung des ÖBS**

Wir haben dargestellt, in welcher Höhe die Langzeitarbeitslosigkeit gefördert werden muss, aufgeschlüsselt nach Grundsicherung, 1. Euro-Job und Kosten für eine Beschäftigung als Helfer in der Kommune.

Der Vestischen Arbeit stehen in 2009 für Eingliederungsmaßnahmen 61,409 Millionen € zur Verfügung, davon sollen 7,366 Millionen € für die JobPerspektive verwandt werden. In den vergangenen Jahren wurden wiederholt Mittel nicht voll ausgeschöpft, also nicht abgefordert. Es könnten, nach Angaben der Vestischen Arbeit, in 2009 / 680 solcher Stellen eingerichtet werden. Besetzt sind per Mitte April 2009 aber bisher nur 333 Arbeitsplätze im Kreisgebiet. Wenn keine weiteren Arbeitgeber bereit sind Stellen anzubieten, werden auch in 2009 Mittel an den Bund zurück fließen, oder nicht abgefordert werden. Mit der Folge von geringeren Zuweisungen des Bundes in den kommenden Jahren.

Die Stadt Castrop-Rauxel soll, ebenso wie die anderen Städte im Kreis Recklinghausen, die Trägerschaft für einen ÖBS übernehmen. Die Verankerung soll über die Trägerversammlung der Vestischen Arbeit erfolgen. Die durch die Maßnahmen für Langzeitarbeitslose eingesparten Kosten für Wohnen und Heizen sollen den Kommunen zur Verfügung stehen und in die Finanzierung mit einfließen. Die Kommunen sollen auch berechtigt sein diese Mittel an andere Träger von Beschäftigungsmaßnahmen weiterzugeben.

Damit wäre gewährleistet, dass die zur Verfügung stehenden Mittel der Vestischen Arbeit, sowie die gemeindlichen Mittel, verstärkt für gesellschaftlich notwendige Zwecke eingesetzt werden.

Viele der heutigen Maßnahmen, z. B. 1,- Euro-Jobbs, werden voll über die Zahlungen an Arbeitslose, auch durch die Städte und über eine Trägerpauschale aus Mitteln der Vestischen Arbeit finanziert. Andere Maßnahmen ( siehe Beispiel Helfer-Tätigkeit / Kommune ) können, abhängig von der Zusammensetzung einer Bedarfsgemeinschaft, dazu führen, dass der städtische Träger eine geringere Rest-Finanzierung zu leisten hat, als bei der alleinigen Finanzierung von Arbeitslosigkeit.

So hat der Kreis RE für die Finanzierung von 200 Arbeitsplätzen nach § 16 e SGB II eine Eigenbeteiligung von bis zu 225.000 € jährlich errechnet, die Einsparungen für Zahlungen der KDU sind schon eingerechnet.

Auch private Träger dieser Maßnahmen müssen mindestens 25 % des Bruttolohnes selbst aufbringen.

Bei anderen Fördermöglichkeiten werden feste oder pauschale Beträge in unterschiedlicher Höhe gezahlt. Der Träger muss dann für die restlichen Kosten aufkommen.

Daher muss der Träger eines ÖBS untersuchen, wie er für die unterschiedlichen Projekte eine evtl. Rest-Finanzierung und eine Finanzierung von Sachmitteln erreichen kann.

Bei vielen gesellschaftlichen Projekten, z. B. Ganztagschule, Betreuungsplätze für Kinder, stehen Landes – oder / und Bundesmittel zur Verfügung.

Ist dies bei einigen Projekten nicht der Fall, sind andere vorhandene oder neue Finanzierungsquellen, z. B. EU, Stiftung Solidarfond, Sparkassenstiftung etc., je nach Projektzweck zu erschließen.

## **DIE LINKE. Castrop-Rauxel**

*c/o Siegfried Kulosa  
Bergstr. 16  
44575 Castrop-Rauxel*

---

### **Beschlussvorschlag für den Rat:**

#### **Der Rat beschließt in Castrop-Rauxel einen öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) gem. Beschreibung einzurichten.**

Die zur Verfügung stehenden Bundesmittel zur Eingliederung in Arbeit, erlauben nur einer geringen Zahl von Betroffenen, einen Arbeitsplatz z. B. nach dem Prinzip der JobPerspektive zu besetzen.

Erst mit dem Einsatz sämtlicher, für Langzeitarbeitslosigkeit verfügbaren Mittel, ( Haushalt der Vestischen Arbeit 2007 / 468,2 Millionen € ) kann es gelingen, das Problem ernsthaft anzugehen.

Dies erfordert die Möglichkeit einer Umwidmung dieser Mittel, die gesetzlich auf der Bundesebene geregelt werden muss. Deshalb sollte der Rat an den Gesetzgeber und über die im Rat vertretenen Parteien an die Bundesorganisationen herantreten, um eine solche, sinnvolle Änderung zu erreichen.

### **Ein weiterer Beschlussvorschlag für den Rat:**

#### **Der Rat beschließt, an den Bund zu appellieren, die Umwidmung der Mittel für ALG II und für die Sozialbeiträge, als Mittel für die Eingliederung in Arbeit zuzulassen, damit die vorhandenen Mittel für ein großes Beschäftigungsprogramm für Langzeitarbeitslose auf kommunaler Ebene, eingesetzt werden können.**

Wir sollten, frei von Vorurteilen gegen die Betroffenen, alle nur erdenklichen Hebel in Bewegung setzen und die sich mit dem vorliegenden Konzept für einen ÖBS bietenden Chancen in Angriff nehmen.

Auch wir müssen die Gelegenheit haben mitzumachen und unsere Stadt, unsere Region nach vorne zu bringen, trotz Nothaushaltsrecht.

Wir können alle nur davon profitieren!

DIE LINKE. Castrop-Rauxel bittet alle Verantwortlichen das vorliegende Konzept vorurteilsfrei zu studieren, sich eine Meinung zu bilden, die dargelegten Vorschläge zu diskutieren und im Sinne unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger zu beschließen.

Mit freundlichen Grüßen

Angelika Aimene-Wiegold

## **DIE LINKE. Castrop-Rauxel**

*c/o Siegfried Kulosa  
Bergstr. 16  
44575 Castrop-Rauxel*

---